**CDU**-Kreistagsfraktion Rhein-Sieg

DIE GRÜNEN

An den
Landrat des Rhein-Sieg-Kreises
Herrn Sebastian Schuster
Kreishaus

53721 Siegburg

08.06.2015

nachrichtlich:
Fraktionen/Gruppen

**Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung verbessern – Hilfeplanung koordinieren**

Sehr geehrter Herr Landrat,

die Kreistagsfraktionen von CDU und GRÜNEN beantragen, im Rahmen eines dreijährigen Projekts das auch in anderen Bereichen bewährte Verfahren einer interdisziplinären Hilfeplanung bei Unterstützungen von behinderten Kindern und Jugendlichen einzuführen, um auf diese Weise erforderliche Hilfen passgenau und effektiv einsetzen zu können. Zur Umsetzung des Projekts soll im Sozialbereich eine zusätzliche Stelle vorgesehen werden.

**Begründung:**
Auf Betreiben von GRÜNEN und CDU im Kreistag wurde im Sozialbereich ein Hilfeplansystem (Casemanagement) eingeführt, damit ältere Menschen länger in ihrer eigenen Häuslichkeit verbleiben können. Über die positiven Resonanzen und auch über die finanziellen Einsparungen wird im zuständigen Fachausschuss regelmäßig berichtet und diskutiert.
Auch in der Jugendhilfe ist das Hilfeplanverfahren eine eingeübte und bewährte Methode, um die notwendigen Bedarfe umfassend ermitteln zu können.

Die Entwicklung der Eingliederungshilfe behinderter Kinder und Jugendlicher ist gekennzeichnet durch steigende Fallzahlen, komplexere Fälle und - daraus resultierend - erhöhte Kosten.

Ausweislich der Haushaltspläne betrugen die Kosten für Eingliederungshilfen in den Jahren

Geschäftsstellen: Kaiser-Wilhelm-Platz 1 -Kreishaus- 53721 Siegburg
eMail: cdu@rhein-sieg-kreis.de
Internet: www.cdu-fraktion-rhein-sieg.de
Tel. 02241/69777 Fax 02241/64225

eMail: info@gruene-rhein-sieg.de
Internet: www.gruene-fraktion-rhein-sieg.de
Tel. 02241/50737 Fax 02241/53642

- 2010: 4,0 Mio. €
- 2012: 4,2 Mio. €
- 2014: 7,2 Mio. €;

für 2015 gehen die Planungen von 9,9 Mio. € und für 2016 von 10,5 Mio. € aus.

Vor allem die Komplexität der Fälle erfordert es, auch die Hilfen in diesem Bereich einer umfassenderen Betrachtung zuzuführen. Diese umfassendere Betrachtung soll im Rahmen einer Hilfeplanung erfolgen, bei der die maßgeblichen Akteure ihre Unterstützungen in einem strukturierten Verfahren aufeinander abstimmen.

Auf diese Weise soll sowohl den Bedürfnissen der Betroffenen Rechnung getragen werden, als auch versucht werden, den Kostenanstieg abzufedern. Es wird angeregt, zunächst mit einem Teilbereich zu beginnen und in dem zuständigen Ausschuss für Inklusion und Gesundheit über die Erfahrungen zu berichten. Finanziert werden soll die personelle Verstärkung aus den Finanzmitteln, die der Bund aus dem Bildungs- und Teilhabepaket erstattet hat.

Mit freundlichen Grüßen,
gez.
Dr. Torsten Bieber
Jörg Erich Haselier
Ingo Steiner
Reiner Albrecht

f.d.R.

Andreas Grünhage